

Zum Thema und der Arbeitsweise der Arbeitsgruppe 3: Perspektive der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften berufsbezogener politischer Bildung

Elia Scaramuzza (scaramuzza@politik.uni-mainz.de)

Politische Bildung an beruflichen Schulen stellt ein heterogenes, bislang wenig beachtetes Feld in Bildungspolitik und Politikdidaktik dar. Dies gilt insbesondere für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, die ein entsprechendes Unterrichtsfach an den beruflichen Schulen unterrichten (Besand 2014). Hochschulen, Studienseminare und Berufsschulen sind so vor zahlreiche Herausforderungen gestellt, die qualifizierte Aus- und Fortbildung von Lehrkräften der politischen Bildung zu sichern.

Die Arbeitsgruppe (AG 3) reagiert auf diese Herausforderungen, indem sie in einem ersten Schritt Desiderate in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften der berufsbezogenen politischen Bildung benennt. Einen Einblick bietet der Vortrag von Prof.in. Dr. Kerstin Pohl (Universität Mainz): Unter Bezugnahme auf den Monitor „Politische Bildung“ (Besand 2014) stellt sie erste Ergebnisse einer aktuellen Studie zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften für politische Bildung an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz vor und erörtert so Probleme im Feld.

In einem zweiten Teil wendet sich die Arbeitsgruppe potentiellen Lösungsmöglichkeiten zu und diskutiert diese vor dem Hintergrund der benannten Herausforderungen. Ein Best-Practice-Beispiel stellen Rolf Staudt, Berater für Schulentwicklung bei der Landeshauptstadt München sowie Lehrer für Wirtschaft und Politik, und Jasmine Parziale, Fachleiterin für Sozialkunde, vor: Mit wissenschaftlicher Unterstützung von Prof.in Dr. Bettina Zurstrassen führten sie an der Berufsschule für den Einzelhandel München Mitte eine Pädagogische Konferenz zu einer „Didaktik der politischen Bildung an Berufsschulen“ durch, deren Ziel es war, ausgewählte politische Inhalte in die bestehenden Lernfelder einzuarbeiten.

Konkretisiert werden soll so, wo Desiderate in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften der berufsbezogenen politischen Bildung liegen, und wie auf diese reagiert werden kann.

Moderiert wird die Arbeitsgruppe von Elia Scaramuzza (Universität Mainz).